

ihm viele nachfühlen, dass es freilich undankbar gehandelt ist, wenn selbst die 2 Delegierten des Buchdruckereihilfsarbeiterverbandes in der Abstimmung den Verband der Lithographen, Steindrucker und Berufsverbände als die massgebende Organisation für die Steinschleifer Deutschlands erklärten und noch mehr kann man es ihm nachfühlen, da seit diesem Beschluss bereits eine grössere Zahl Schleifer diesem Verband noch beitraten. Bittere Reue verspüre ich aber über eine von mir gebrachte Äusserung; ich glaubte nämlich, dass der Dummste einsehen müsse, dass, wenn Kastengeist vorhanden ist, dieser nicht durch Trennung beseitigt wird, sondern nur noch mehr gefördert wird. Herr Pucher muss dies ja besser wissen, darum bittere Reue meinerseits.

Otto Sillier.

Berlin 1. In der am 7. November stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung fehlten unentschuldig die Kollegen Seifert, Darsov, Urban, Krüger, Bausch, Quast, Klingberg, Janick, Hannemann, Pottschiul, Kluge und Augar. Die Verwaltung.

Berlin. Filiale I. Quartalsversammlung am 22. Okt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftliches; 2. Kassen- und Quartalsbericht; 3. Der Verbandstag der deutschen Gewerbetriebe und seine Bedeutung für die Arbeiter. Referent Kollege Borisch. 4. Diskussion; 5. Verschiedenes. Kollege Borisch eröffnete die Versammlung um 7¹/₂ Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Borisch dem verstorbenen Kollegen Herrn Krause einen warmen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Unter Geschäftliches teilte Kollege Borisch mit, dass die Differenzen in Brandenburg nach mehrfacher Verhandlung beigelegt sind. 20 Kollegen erhielten eine Zulage von je Mk. 1,50 und sind weitere Zulagen je nach Leistung in Aussicht gestellt. Die Kündigungen sind beiderseitig zurückgezogen. Massregelungen finden nicht statt. Die stattgefundenen Kündigungen gelten als nicht geschehen, wodurch den Kollegen die diesjährige Feiertagsprämie erhalten bleibt. Der Vertrag wurde schriftlich festgelegt und von den Vertretern der Parteien unterzeichnet. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, dass Filiale I zur Zeit 1065 Mitglieder hat. Ferner ist hervorzuheben, dass die Berliner Kollegen für den Kollegen Leist-Nürnberg die Summe von Mk. 667,60 aufgebracht haben. Abrechnung der Mäntelunterstützung: Einnahme Mk. 295,50, Ausgabe Mk. 274,30, Ueberschuss Mk. 21,20. Auf Antrag der Revisoren wird der Kassierer einstimmig entlastet. Hierauf nahm Kollege Borisch das Wort zu seinem Vortrag. In eingehender und fesselnder Weise verbreitete sich der Redner über die Bedeutung des Verbandstages für die Arbeiter. Anwesend auf diesem waren 423 Teilnehmer. Als 1. Punkt stand auf der Tagesordnung: Das Verhältnis- oder Proportional-Wahl system, d. h. je nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen, nehmen die aufgestellten Kandidaten Sitz bei der betreffenden Körperschaft ein. Dieses System ist bereits in drei Städten zur Wahl von Beisitzern eingeführt. In der Debatte über diesen Punkt wurden Stimmen laut, genanntes Wahlsystem in allen Städten einzuführen. Nach langer Beratung wurde dieser Antrag abgelehnt. Ein weiterer Punkt, die kaufmännischen Angestellten sollen dem Gewerbebericht unterstellt werden, zeitigte eine längere Debatte, in der fast allezeit bedauert wird, dass das Gewerbegericht in diesem Falle nicht zuständig ist. Ein Arbeitgeber (Kaufmann) motivierte seine ablehnende Haltung damit, dass er sagte, wenn das Gewerbegericht zuständig sein soll, würden noch viel mehr Klagen eingereicht werden. Weiter sprach ein Professor zur Lohnkürzung für Feiertage. In der Diskussion über dieses Referat bemerkte ein Gewerbeberichtsvorsitzender seiner Ansicht nach, kann bei Accord-, Stunden- oder Tagelohn von Bezahlung der Feiertage keine Rede sein, nur bei Wochenlohn müssen die Feiertage bezahlt werden, aber, bemerkte dieser Herr: vorausgesetzt, dass dieses nicht nach § 616 ausgeschlossen. Ferner beschäftigte sich der Verbandstag mit dem Thema: »Rechtliches Streikpostenstehen«. Hierzu verlas ein Charlottenburger Gewerbebericht: ein viele Seiten füllendes Urteil aus dem folgendes hervorging: Eine Anzahl Maurer verklagten bei diesem Gericht einen Arbeitgeber auf rückständigen Lohn in Höhe von 49 Mk. Sie hatten die Arbeit plötzlich wegen entstandenen Differenzen niedergelegt. Gleichzeitig klagte der Arbeitgeber auf Schadenersatz, weil die Kläger durch Postenstehen verhindern wollten, dass Streikbrecher die Arbeit fortsetzen. Der Beklagte wurde zunächst verurteilt, die 49 Mk. zu zahlen. Nunmehr wurde in die Verhandlung auf Schadenersatz eingetreten, die Maurer wurden auf Schadenersatz in Höhe von 49 Mk. verurteilt. Der Herr Gewerbebericht neigt der Ansicht zu, die Gewerbegerichte möchten sich dieses Urteil für die Zukunft zu eigen machen. Die Diskussion über diesen Punkt ergab die gegenteiligen Meinungen. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, dass sich die übrigen Gewerbegerichte dieses Urteil nicht zu eigen machen. Kollege Borisch schloss seinen Vortrag mit der Aufforderung, bei allen Rechtsstreitigkeiten, wo die Kollegen im Recht sind, die Sache nicht ruhen zu lassen, möge das Objekt noch so winzig sein. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für sein interessantes Referat. In der Diskussion, an der sich eine grosse Anzahl Kollegen beteiligten, welche Ergebnisse aus Klagen mit Arbeitgebern zum Besten gaben, wurde hervorgehoben, dass,

wenn sich ein Kollege im Recht befindet, man sich auf keinen Vergleich einlassen soll. Dass es vorkommt, dass sich ein Arbeitgeber um 5 Pf. verklagen lässt, zeigt Kollege Borisch an ein vor kurzer Zeit erlangenes Urteil. Ein junges Mädchen aus der Kartonagenbranche klagte gegen den Arbeitgeber auf Zahlung von 5 Pf. Gleichzeitig beantragte sie ihr 1 Mk. für Zeitverhältnis zuzusprechen. Beklagter wurde verurteilt, Klägerin 1,05 Mk. zu zahlen. Hinzu kommen noch die Kosten für die Beweisaufnahme. Alles um 5 Pf. Kollege Fisch ersucht die Kollegen, sich in allen Rechtsstreitigkeiten vorher im Bureau Rat einzuholen um vorher zu wissen, ob die einzureichende Klage Aussicht auf Erfolg hat oder nicht. Unter Verschiedenes werden die Zustände, welche in der Umdruckerei von Hagelberg herrschen, von einigen Kollegen geschildert. Die Behandlung der dortigen Umdrucker von seiten des Herrn Handel sind geradezu skandalös zu nennen. Ausdrücke wie Ochse, drecksiges Rindvieh u. s. w. sind dort tagtäglich zu hören. Allgemein wird den dort beschäftigten Umdruckern die Schuld zugeschoben, dass derartige Uebelstände Platz gegriffen haben. Wären dieselben im Verhältnis zu den dort beschäftigten Maschinenmeistern ebenso organisiert, würde eine derartige Behandlung nicht vorkommen. Im weiteren stellt Kollege Klahn den Antrag, das Thema: »Organisation und Rechtsprechung der Gewerbegerichte« auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Der Antrag wird angenommen. Zum Schluss giebt Kollege Rose die Abrechnung vom Sommerfest: Einnahme 777,20 Mk., Ausgabe 616,40 Mk., Ueberschuss 150,80 Mk., Filiale I erhält 67 Mk. Die Novemberversammlung findet wiederum abends 7 Uhr statt. Schluss der Versammlung 10¹/₂ Uhr. R. Z.

Dresden. Lichtdrucker. Am 30. Oktober fand hier eine Versammlung der Filiale der Lichtdrucker statt. Zu Punkt 1: Berichterstattung über die tariflichen Vereinbarungen im Lichtdruckgewerbe erhielt unser Delegierter Kollege Radel das Wort, derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise und betonte zum Schluss, dass sich zwar nicht alle Hoffnungen erfüllt hätten, doch würde die allgemeine Einführung dieses Tarifs für viele Kollegen Verbesserungen bringen. Auch sei der Tarif Beweis dafür, dass ein beträchtlicher Teil der Prinzipale gewillt ist, uns in dem Bestreben geregelte Arbeitsverhältnisse im Lichtdruckgewerbe einzuführen, zu unterstützen und er selbst glaubt, dass die Gehilfenvertreter ihre Pflicht gethan haben. In der darauffolgenden Debatte bemängelten zwei Kollegen, dass die Abschaffung der Prämienarbeit und der längeren Kündigungsfristen im Tarif nicht zur Geltung gekommen sind; im allgemeinen aber wurde der Tarif sympathisch aufgenommen und die Dresdener Kollegen haben den Wunsch, dass es gelingen möge, diesen Tarif auf friedlichen Wege in allen hiesigen Geschäften einzuführen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

»Die heute versammelten Kollegen sprachen ihren Tarifvertretern Dank und Vertrauen aus und treten voll und ganz dafür ein, diesen Tarifbestimmungen überall Geltung zu verschaffen.«
Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten, fand die gubesuchte Versammlung ihren Schluss.

Sch.

Dresden. Am 24. Oktober fand im Gasthaus Senefelder eine öffentliche Versammlung der Steindrucker, Lichtdrucker und Chemigraphen statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht vom Steinschleiferkongress, Referent Kollege Ficke. 2. Statistisches über die Dresdener Berufsverhältnisse. 3. Gewerkschaftliches. Kollege Ficke führte in seinem Bericht zum Schleiferkongress aus, dass von Kollege Rose Berlin ersucht wurde, die im Hilfsarbeiterverband organisierten Kollegen auf dem Kongress als Delegierte nicht zuzulassen. Nach Rose sollte Berlin mit 4, Leipzig mit 3, und ausserdem 1 Unorganisierter vertreten sein. Erst nach mühevollen Verhandlungen war es möglich auch die Dresdener Schleifer, welche im Hilfsarbeiterverband organisiert sind zu den Verhandlungen zuzulassen. Auf dem Kongress wurde die Berufsfrage der Schleifer als schlechte bezeichnet und Chemnitz als der schlechteste Platz für den Beruf bezeichnet. In der anknapfenden Debatte bemerkte Kollege Bessner, dass der Kongress keinen praktischen Wert zeitig hätte und nur dem Verein unnütze Geldkosten verursachte. Kollege Leinen tritt warm für den Verband der Hilfsarbeiter ein und befürwortet gleich dem Kollegen Matthes die seinerzeit gefasste Dresdener Resolution, welche auf dem Kongress nicht einmal zur Sprache gebracht wurde. Im folgenden Punkte berichtet Kollege Bessner über die Verhältnisse in den Dresdener Druckereien und giebt einen Ueberblick über Grösse, Maschinen- und Druckerzahl in den einzelnen Geschäften. Den niedrigsten Stand in Bezug auf Bezahlung, Leistung und Arbeitszeit weisen die Firmen Lampe, Schiebel und Maiwald auf. In der letzten Anstalt herrscht die längste Arbeitszeit, trotzdem der Inhaber als früherer organisierter Kollege gegen damalige Missstände das grosse Wort geführt habe, was in anknapfender Debatte auch Kollege Matthes rügt. Letzterer regte an, die Missstände auch insbesondere die Lehrlingszuchterei, in der Presse zu veröffentlichen, ein diesbezüglicher Beschluss wird jedoch nicht gefasst. Da unter Gewerkschaftlichem nichts besonderes vorlag, wurde die Versammlung mit einem Hinweis auf das in

Mokritz stattfindende Herbstfest nach 11 Uhr geschlossen.

Fürth. (Unlieb verspätet.) Am 19. Oktober fand im Saalbau eine kombinierte Versammlung statt, welche leider nicht gut besucht war. Als Referent war Kollege L. Bartels-Berlin erschienen, um über das Thema »Gewerkschafts- und Sozialpolitik des neuen Reichstags« zu sprechen. Redner erledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise, wofür ihm reicher Beifall zu teil wurde. In der Diskussion wurden zunächst die Vermutungen einiger Kollegen, Bartels Reise stände mit der Beamten-Anstellung in Verbindung, dadurch zurückgewiesen, dass Kollege Bartels erklärte, politisch sehr in Anspruch genommen zu sein, wodurch obige Vermutungen hinfällig seien. Auch gegen die Tarifvorlage wurden verschiedene Argumente vorgeführt, so z. B. der undurchführbare Minimallohn, das Verlorengehen des Kampfcharakters der Organisation; diese Ansichten wurden durch den Vertreter der Buchdrucker, Kollegen Scherger und dem Referenten in vortrefflicher Weise widerlegt. Von Kollegen Pfeiffer wurde die bevorstehende süddeutsche Konferenz sowie die im nächsten Jahre stattfindende Generalversammlung besprochen und gleichzeitig dafür plädiert, bei diesen Tagungen entschieden gegen eine jetzt schon viel besprochene Beitragserhöhung einzutreten. Es wurde auch diese Befürchtung durch die Erklärung des Ausschussvorsitzenden beruhigt, dass in den leitenden Körperschaften keine Massnahmen getroffen seien, auch wenn die notwendige Beamtenanstellung in Berlin und die unausbleibliche Beamtenstelle in Leipzig Thatsache würde. Sollte jedoch von seiten der Mitgliedschaften eine staffelartige Erhöhung der Unterstützungssätze beantragt werden, so sei auch auf der andern Seite eine Beitragserhöhung eventuell notwendig, jedoch zur jetzigen Zeit nicht zu empfehlen. Nachdem noch von einigen Kollegen ersucht war, alles daran zu setzen, unsere Organisation durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken, um die uns bevorstehende Tarifbewegung zu unserem Vorteil zur Durchführung zu bringen, wurden die Anwesenden noch aufgefordert, auch daran zu denken, der neugegründeten Zahistelle des Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Verbandes (von welchem auch eine Anzahl Kolleginnen anwesend waren) sämtliche mit uns zusammen arbeitende Hilfspersonen zuzuführen, um auch bei diesen eine Verbesserung ihrer schlechten Lebenslage zu erreichen und ausserdem nicht wieder bei eventuellen Vorkommnissen, dasselbe Schauspiel wie bei der 90er Bewegung speziell in Fürth erleben zu müssen. Nachdem nachstehende Resolution einstimmig angenommen war, fand die imposante Versammlung gegen 12 Uhr ihren Abschluss. R.

Resolution:

»Die heutige am 19. Oktober 1903 im Saalbau tagende Versammlung der Lithographen, Steindrucker und Berufsverbände ist mit den Ausführungen des Referenten Kollegen L. Bartels vollständig einverstanden, sie erachtet es als notwendig, dass die Gewerkschaften reichsgesetzlich anerkannt werden und wir, um dieses zu erreichen, als Arbeiter verpflichtet sind, die Arbeiterpartei zu unterstützen. Zu den Ausführungen über den Tarif ist die Versammlung überzeugt, dass die ungeheuren Missstände in unserem Beruf nur durch denselben beseitigt werden.

Fürth. Am 31. Oktober hielt die hiesige Mitgliedschaft des Deutschen Senefelder-Bundes ihre Quartalsversammlung am mit der Tages-Ordnung: 1. Protokoll; 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1903; 3. Verschiedenes. Nachdem der 1. und 2. Punkt der Tagesordnung seine Erledigung gefunden hatte, führte Kollege Pfeiffer sich veranlasst, auf Grund der letzten Mitteilungen des Hauptvorstandes, der Versammlung ein klares Bild vom jetzigen Stand des Senefelder-Bundes zu geben. Redner giebt bekannt, dass die Mitgliedschaft Fürth schon jetzt bei 130 Mitgliedern, 1 Invaliden und 3 Wittwen zu verzeichnen habe, ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Gesamtmitgliedschaft. Wir haben bis Oktober 120 Invaliden und 67 Wittwen zu unterstützen. Dass die Invalidenkasse bei solch horrenden Ausgaben absolut mit dem geringen Beitrag von 15 Pf. nicht auskommen kann, liege wohl klar auf der Hand. Es seien auf der nächsten Generalversammlung durchgreifende Änderungen vorzunehmen. Nächster Beitragserhöhung, die den Bund respektive die Invalidenkasse auf eine sichere Basis stellt, sei es am Platze eine staffelmässige Karrenzeit bei der Invalidenkasse einzuführen. Die Karrenzeit, wie bisher 10 Jahre sei zu kurz; Redner erwartet von den Mitgliedern, dass sie die geplanten Änderungen als im Interesse für die Weiterentwicklung des Bundes, anerkennen. In der Diskussion wurde von den Kollegen Riess und Madius die Ausführungen des Vorsitzenden unterstützt und stellt Kollege Riess den Antrag, in Anbetracht der misslichen Kassenverhältnisse der Invaliden- und Wittwenkasse im Deutschen Senefelder-Bund den Hauptvorstand zu veranlassen, die Generalversammlung schon im Anfang des Jahres 1904 einzuberufen, um die unausbleibliche Beitragserhöhung mit der zweiten Hälfte des Jahres 1904 eintreten zu lassen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Ebenso fand die Anregung, speziell wegen der Beitragserhöhung eine Versammlung abzuhalten, Annahme. Kollege Riess wurde beauftragt, sich mit dem nötigen Material zu versehen und dass Referat in dieser Versammlung in die »Graph. Presse« zu bringen, damit die Mitgliedschaften sich über den an den Hauptvorstand gestellte Antrag äussern

